



Ifo-Studie zu öffentlichen Infrastruktur-Investitionen veröffentlicht

Ifo-Studie zu öffentlichen Infrastruktur-Investitionen veröffentlicht
Experten empfehlen zielgerichtete Maßnahmen statt breitflächigem Ansatz
Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) hat heute eine Studie mit dem Titel "Öffentliche Infrastrukturinvestitionen: Entwicklung, Bestimmungsfaktoren und Wachstumswirkungen" veröffentlicht. Sie wurde vom Ifo-Institut (Niederlassung Dresden) erstellt. Wesentliches Ziel der Studie ist es, die Entwicklung und die bestimmenden Faktoren öffentlicher Infrastrukturinvestitionen in Deutschland zu untersuchen. Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass die gestellte Forschungsfrage sehr differenziert betrachtet werden muss. Insbesondere im Zeitraum 1992-2005 sei zwar ein Rückgang der öffentlichen Infrastruktur-Investitionen in Deutschland zu verzeichnen. Diese Entwicklung lasse sich jedoch durch eine Reihe von Gründen erklären. So trügen u. a. statistische Gründe, Sondereffekte wie das Ende des Nachholbedarfs in den neuen Ländern sowie Sättigungseffekte, wie sie in Staaten mit bereits hoher Infrastrukturausstattung und hohem Pro-Kopf-Einkommen zu erwarten seien, zur Erklärung bei. Die im internationalen Vergleich relativ niedrige Investitionsquote in Deutschland liege zudem auch daran, dass hierzulande die Preise für Infrastrukturgüter weniger stark angestiegen seien als in anderen Ländern, die teilweise Überinvestitionen auf ihren Immobilienmärkten erlebt haben. Die Autoren der Studie stellen fest, dass es zwar in Teilbereichen der öffentlichen Infrastruktur - insbesondere im Verkehrsbereich - Defizite gebe, die die wirtschaftliche Entwicklung hemmen könnten. Sie weisen jedoch auf die bislang relativ geringen Wachstumseffekte zusätzlicher Investitionen hin. Deshalb solle statt breitflächiger zusätzlicher Investitionen der Fokus vielmehr auf die Instandsetzung sowie auf die Beseitigung von Engpässen gelegt werden. Die Autoren raten zudem, sich vor allem auf Erhaltungsinvestitionen zu konzentrieren. Nötig seien auch möglichst effiziente Investitionsprozesse, eine produktivere Nutzung der vorhandenen Infrastruktur sowie einfache administrative Verfahren. Die Ergebnisse der Studie können einen wichtigen Beitrag zur Bewertung von Infrastrukturlücke und -bedarf in Deutschland leisten. Sie zeigen, dass öffentliche Infrastruktur-Investitionen nicht per se vorzugswürdig sind, sondern einer wirtschafts- und finanzpolitischen Gesamtabwägung unterliegen müssen. Die Studie finden Sie hier. Für Rückfragen zu Pressemitteilungen, Reden und Statements wenden Sie sich bitte an: Pressestelle des BMWi
Telefon: 03018-615-6121 oder -6131
E-Mail: pressestelle@bmwi.bund.de
Für allgemeine Rückfragen wenden Sie sich bitte an: Telefon: 03018-615-9
E-Mail: info@bmwi.bund.de

Pressekontakt

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi)

11019 Berlin

pressestelle@bmwi.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi)

11019 Berlin

pressestelle@bmwi.bund.de

Nach der Bundestagswahl im September 2005 wurden die Arbeitsbereiche des bisherigen Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit in zwei neue Ministerien eingegliedert. Das neue Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie wird von Michael Glos geleitet. Zentrales Anliegen der Politik des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) ist es, das Fundament für wirtschaftlichen Wohlstand in Deutschland mit breiter Teilhabe aller Bürger sowie für ein modernes System der Wirtschaftsbeziehungen zu legen. Zum Geschäftsbereich des BMWi gehören 7 Behörden:
Bundeskartellamt
Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle
Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen
Bundesagentur für Außenwirtschaft
Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung
Physikalisch-Technische Bundesanstalt
Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe